

# Was kommt nach der Rente mit 67?

**Soziales** Die Bundesbank plädiert bereits für die Rente mit 69 – zum Verdruss der Politik.

VON RUDI WAIS

**Berlin/Augsburg** Bis die Rente mit 67 für alle Beschäftigten eingeführt ist, werden noch acht Jahre vergehen – ob ihr dann schon bald die Rente mit 69 oder die Rente mit 70 folgen muss, ist gegenwärtig eines der heißesten Eisen der Sozialpolitik. Zwar haben die Ampel-Parteien in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, das Rentenalter nicht anzutasten. Viele Experten aber halten das in einer rasant alternden Gesellschaft für ein riskantes Unterfangen. In diesem Falle drohen nach neuen Berechnungen der Bundesbank bis zum Jahr 2070 ein Anstieg der Beitragssätze von derzeit 18,6 auf 29 Prozent in der Rentenversicherung und deutlich höhere Steuern.

Das Jahr 2070 ist gefühlt zwar noch weit entfernt – viele Schüler, Jugendliche oder Auszubildende von heute werden dann allerdings noch im Erwerbsleben stehen und mit solchen Realitäten konfrontiert sein. Als Ausweg aus dem demografischen Dilemma schlägt die Bundesbank deshalb vor, das Rentenalter wie andere Länder auch an die Lebenserwartung zu koppeln und es bis zum Jahr 2070 auf 69 Jahre anzuleben: „Eine steigende Lebenserwartung erhöht sukzessive den Druck auf die Rentenversicherung, wenn das gesetzliche Rentenalter ab 2031 unverändert bleibt.“ Zwar stiegen die Beitragssätze und die Steuerauslässe an die gesetzlichen Rentenkassen auch dann noch an – langfristig aber bei weitem nicht so stark wie bei einem Beharren auf der Rente mit 67. Um das System stabil zu halten, überweist der Staat schon jetzt jedes Jahr mehr als 100 Milliarden aus dem Steuertopf an die Rentenversicherung – das entspricht, grob gerechnet, etwa einem Drittel des gesamten Bundeshaushaltes.

Dass die Ampel-Koalition noch in dieser Wahlperiode die Erwerbsminderungsrenten anheben will, begrüßen die Experten der Bundesbank dabei ausdrücklich: Wie heute

werde es auch in Zukunft nicht jedem und jeder möglich sein, tatsächlich bis zum gesetzlichen Rentenalter zu arbeiten. Genau deshalb will die Ampel auch nicht an der Rente mit 67 rütteln. „Die Vorstellung, dass man im Stahlwerk oder an der Supermarktkasse, als Polizistin oder als Krankenschwester bis 70 arbeiten soll, die können nur Leute haben, die in einer ganz anderen Welt leben“, hat Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) schon Ende Mai gewarnt. Er halte es daher für eine Phantomdebatte, Versicherte bis zum 70. Lebensjahr arbeiten zu lassen.

Ähnlich argumentiert bisher auch die Union. „Für eine Anhebung der Regelaltersgrenze gibt es aktuell keinen Handlungsbedarf“ betont der CSU-Sozialexperte Stephan Stracke gegenüber unserer Redaktion. Er erwarte von Heil jedoch, dass dieser die Empfehlungen der von ihm selbst eingesetzten Rentenkommission ernst nehme und nun zügig ein Expertengremium einsetze, das bis zum Jahr 2026 eine Empfehlung über das künftige Rentenalter abgebe. Vor welchen finanziellen Herausforderungen künftige Regierungen stehen, verdeutlicht der Allgäuer Abgeordnete dabei mit einer Zahl: Allein der von der Bundesbank für das Jahr 2040 vorhergesagte Beitragssatz von 23 Prozent bedeute für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusätzliche Kosten von gut 74 Milliarden Euro. Weitere 34 Milliarden Euro würde demnach die geplante Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent verschlingen. Das bedeutet entgegen einem weitverbreiteten Irrtum allerdings nicht, dass jeder Versicherte auch 48 Prozent seines letzten Bruttogehaltes als Rente bekommt. Das Rentenniveau zeigt lediglich das Verhältnis zwischen der Rente und dem Einkommen eines Durchschnittsverdieners nach 45 Beitragsjahren an, ist damit aber ein wichtiger Indikator für die weitere Entwicklung der Renten. **»Kammerlar**